

Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus?

Marcel Lewandowsky

Rechtspopulistische Parteien gewinnen in fast allen europäischen Gesellschaften an Einfluss. Länder, die lange Zeit vor rechtspopulistischen Bewegungen gefeit schienen, sind inzwischen mit rechtspopulistischen Parteien konfrontiert. Mit den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa, der Bildung rechtsgerichteter Regierungen in Polen oder Ungarn und jüngst in den USA stellen sich grundlegende Fragen: Was ist eigentlich Rechtspopulismus? Welche Themen besetzen Rechtspopulisten? Warum bekommen rechtspopulistische Parteien einen derartigen Zuspruch? Marcel Lewandowsky klärt im einführenden Beitrag zunächst, was unter „Populismus“ und „Rechtspopulismus“ zu verstehen ist. Mit den beiden kurzen Formeln „Gegen-die-da-oben“ und „Gegen-die-da-draußen“ lässt sich das Kernkonzept rechtspopulistischer Parteien prägnant beschreiben. In einem weiteren Schritt wird analysiert, welche Ursachen die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien begünstigen. Abschließend wird nach den politischen Auswirkungen des Rechtspopulismus sowie nach möglichen Gegenstrategien für die Einhegung dieses Phänomens gefragt. ■

Zur Bestimmung eines umstrittenen Konzepts

„Rechtspopulismus“ war lange Zeit ein in der Politikwissenschaft höchst strittiger Begriff. Populismus galt nicht als ideologisches Merkmal, sondern eher als Stilmittel; und selbst wo man ihm ideologische Qualität zusprach, erschien er beliebig und schillernd, sodass eine eindeutige begriffliche Erfassung kaum möglich schien (Decker 2004: 21). Das gilt auch für den Rechtspopulismus im Besonderen. So ist es vor diesem Hintergrund nicht überraschend, dass sich in der Forschung unzählige Begriffe für diese Parteienfamilie etablierten (vgl. Mudde 1996; 2007): Anti-Immigrationsparteien (van Spanje 2011), rechtspopulistische Parteien (Decker 2004) oder populistische rechtsradikale Parteien (Mudde 2007; 2010) bezeichneten im Wesentlichen Vertreterinnen und Vertreter sehr ähnlicher, wenn nicht gar derselben ideologischen Zugehörigkeit.

Das Problem der begrifflichen Zuordnung lag auf der Hand: Die Parteien nahmen in wesentlichen Punkten zum Teil unterschiedliche Positionen ein. So verfügte der französische Front National unter seinem Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen lange Zeit über ein extremistisches Profil. Im Vergleich dazu trat die niederländische Lijst Pim Fortuyn (LPF) unter ihrem gleichnamigen Vorsitzenden zwar antimuslimisch, aber prodemokratisch auf. Auch andere Exponenten dieser Parteienfamilie, wie die Alternative für Deutschland (AfD), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die ungarische Fidesz unterscheiden sich zum Teil in ihren Positionen. Der jüngst gewählte US-Präsident Donald Trump gilt in der Wahlkampfberichterstattung als Rechtspopulist, verfügt aber eher über ein eklektisches als

ein konsistentes Programm. Inwiefern er eine (neue?) Form des Rechtspopulismus repräsentiert, wird sich erst ex post zeigen. Das Beispiel der AfD zeigt wiederum, wie stark die programmatische Ausrichtung einer Partei in relativ kurzer Zeit variieren kann. Handelte es sich zunächst um eine euroskeptische Partei mit gesellschaftlich-konservativem und wirtschaftsliberalem Profil, schälte sich im Zuge der weiteren Entwicklung eine den rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa sehr ähnliche ideologische Ausrichtung heraus (Lewandowsky 2015; Lewandowsky u. a. 2016). Dennoch rechtfertigt ein gemeinsames ideologisches Kernkonzept die Zuordnung zu einer rechtspopulistischen Parteienfamilie. Rechtspopulismus besteht nach dieser Lesart zum einen im Populismus, zum anderen aus einer Form rechter politischer Orientierungen, die Cas Mudde als „Nativismus“ bezeichnet (Mudde 2007: 18 ff.).

Mit den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa, der Bildung rechtsgerichteter Regierungen in Polen oder Ungarn und sowie in den USA stellt sich eine ganze Reihe grundlegender Fragen, für die die folgenden, an aktuellen Forschungen angeschlossenen Überlegungen wenn schon keine erschöpfenden Antworten, so doch zumindest Orientierung bieten sollen. Hierzu soll zunächst geklärt werden, was unter den Begriffen „Populismus“ bzw. „Rechtspopulismus“ zu verstehen ist. Im Anschluss wird es darum gehen, welche Ursachen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien begünstigen. Daraufhin soll abschließend nach den politischen Auswirkungen des Rechtspopulismus und nach möglichen Gegenstrategien gefragt werden.

Rechtspopulisten betonen ihre rigorose Parteinahme für das Volk. Sie sehen das Volk durch das politische „Establishment“ in seiner Souveränität, durch kulturell „Fremde“ zudem in seiner Identität bedroht. Die Warnung vor „Überfremdung“ ist ein Schlüsselmerkmal rechtspopulistischer Fremdenfeindlichkeit. Seit dem Ansteigen der Flüchtlingszahlen sind Migranten und Asylbewerber wieder zum negativen Bezugspunkt rechtspopulistischer Bewegungen geworden.

picture alliance/dpa



Das erste konstituierende Element der rechtspopulistischen Parteienfamilie ist der Populismus. Populismus – abgeleitet vom lateinischen *populus* (das Volk) – wird umgangssprachlich häufig mit opportunistischer Politik gleichgesetzt. Populisten stehen im Verdacht, „dem Volk aufs Maul zu schauen“, ohne originär eigene, auch unpopuläre Positionen zu vertreten. Beliebigkeit definiert den Populismus allerdings nur vordergründig. Bei genauerer Betrachtung erweist sich diese Deutung als wenig ertragreich. Der Populismus konstituiert sich – im Sinne einer Minimaldefinition – vielmehr einerseits als Appell an das „Volk“, andererseits durch den Versuch, dieses gegen das politische Establishment zu mobilisieren (Mudde 2004). Das Volk wird dabei nicht als die Gesamtheit unterschiedlicher Gruppen, Interessen und Lebensentwürfe in einem Gemeinwesen verstanden, sondern als eine homogene Interessengemeinschaft. Populisten sehen sich daher als *vox populi*; die populistische Auffassung von Politik besteht in der Artikulation und Exekution eines einheitlichen Willens. Sie beruht nicht auf der Aushandlung widerstreitender Interessen und dem Erstreben von Kompromisslösungen, sondern auf der unmittelbaren Durchsetzung der Interessen der Mehrheit (Albertazzi/Mueller 2013: 348).

Die Dichotomie, in der Volk und Establishment voneinander abgegrenzt werden, beruht auf antagonistischen moralischen Zuschreibungen (Mudde/Rovira Kaltwasser 2012: 8 f.). Während der Populismus das Volk mit tugendhaften Eigenschaften belegt (z. B. Ehrlichkeit, Anstand, Fleiß), werden dem politischen Establishment Eigeninteresse, Korruption und Inkompetenz unterstellt. Aufgrund dieser Dichotomie zeichnet der Populismus ein Bedrohungsszenario, in dem die politische Souveränität des Volkes – also die Umsetzung seines ungeteilten Willens – durch das Establishment ausgehöhlt wird. Populisten schreiben sich selbst da-

bei die Rolle zu, den Volkswillen – als einzige politische Kraft – nicht nur zu verteidigen, sondern auch als dessen originäre Sprachrohre aufzutreten. Sie verkörpern das gepredigte Politikverständnis, indem sie von ihrem Außenseiterstatus im Parteienwettbewerb geradezu zehren (Rooduijn 2014) und sich dabei jenen Wählerinnen und Wählern anbieten, die den etablierten Politikern und Parteien skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Die Kritik des Populismus adressiert ein „demokratisches Paradoxon“, das repräsentativen Demokratien innewohnt (Canovan 2002; kritisch Abts/Rummens 2007). Es besteht in einem Widerspruch zwischen zwei Säulen. Die demokratische Säule garantiert die größtmögliche Teilhabe und Souveränität des Volkes. Die liberale bzw. konstitutionelle Säule gewährt verfassungsmäßige Rechte und Schutz, die in der Konsequenz die Volkssouveränität einhegen und begrenzen. Dadurch sind moderne, verfassungsstaatliche Demokratien nicht frei von Widersprüchen. Populismus besteht gewissermaßen in der „Überbetonung“ der Volkssouveränität gegenüber der konstitutionellen Säule: Gibt es einen einheitlichen, „schweigenden“ Volkswillen, so sei es zum einen demokratisch, diesem auch unmittelbar Ausdruck zu verleihen, und zum anderen undemokratisch, wenn dieser durch die politischen Eliten nicht vollständig exekutiert werde. Frank Decker (2006: 26) bezeichnet dies als „populistisch-plebiszitäre Demokratiekonzeption“. Die Forderung nach der Durchsetzung der Mehrheitsinteressen ist für den Schutz von Minderheiten ebenso blind wie für die Einigung durch Kompromisslösungen. Zugleich werben Populisten regelmäßig für die Einführung direktdemokratischer Elemente und Verfahren, in denen sie den institutionellen Hebel für die Umsetzung des Volkswillens sehen (Decker 2006: 27).



Rechtspopulismus: Gegen „die-da-oben“ und „die-da-draußen“

Bei Populismus handelt es sich um ein Kernkonzept (Mudde 2004), das an unterschiedliche andere Ideologien andocken kann. Es gibt, abgesehen vielleicht von einigen schillernden Unternehmerparteien wie etwa dem „Team Stronach“ in Österreich, wenige Formationen, die ohne ideologisches Attribut daherkommen. Wenn von originär populistischen Parteien die Rede ist, dann handelt es sich meist um Rechtspopulisten (Decker 2004: 29). Rechtspopulisten sehen, wie beschrieben, das Volk durch das politische Establishment in seiner Souveränität, durch kulturell „Fremde“ zudem in seiner Identität bedroht. Das apokalyptische Szenario, nach dem die angestammte Kultur sich in der Zersetzung befinde, stellt auf innere wie äußere Feindbilder ab. Dabei stellt die Warnung vor „Überfremdung“ ein Schlüsselmerkmal rechtspopulistischer Fremdenfeindlichkeit dar. Es richtet sich also gegen Migranten sowie ethnische und religiöse Minderheiten. Das äußere Feindbild des Rechtspopulismus ist dabei einem Wandel unterworfen. Noch in den späten 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre bildeten vor allem Asylbewerber die negativen Bezugspunkte rechtspopulistischer Bewegungen; in Deutschland etwa der Republikaner, die insbesondere in

Baden-Württemberg Wahlerfolge feiern konnten. Im Nachgang der Terroranschläge auf New York und Washington am 11. September 2001 kaprizierten sich die Rechtspopulisten in Westeuropa auf den Islam. Parteien wie die Dansk Folkeparti, die Freiheitliche Partei Österreichs oder die niederländische Partij Voor de Vrijheid sehen im Islam eine Bedrohung für die westlichen Gesellschaften. Dabei inszenieren sich die Rechtspopulisten häufig als eigentliche Verteidiger der liberalen Gesellschaft gegen einen atavistischen, antidemokratischen Islam (Lewandowsky 2012: 392 f.). Zumindest implizit wird der Islam – den der Rechtspopulismus nicht als Oberbegriff fragmentierter Deutungen und Glaubensgemeinschaften, sondern als homogene Religion und Kultur begreift – mit dem islamistischen Terrorismus gleichgesetzt. Im Zuge der Flüchtlingsbewegungen in der zweiten Dekade des neuen Jahrtausends haben Rechtspopulisten die Warnungen vor „Islamisierung“ und „Überfremdung“ erneut aufgegriffen. Auch in der Kampagne des 45. US-Präsidenten Donald Trump fanden sich im Wahlkampf immer wieder deutliche Hinweise auf entsprechende Positionen, wie etwa das mit Sicherheitsrisiken begründete vollständige Einreiseverbot für Muslime.

Es versteht sich von selbst, dass rechtspopulistische Parteien in der Empirie keine einheitliche Parteienfamilie bilden, sondern sich nach der Ausprägung des Populismus, ihrer sozio-ökonomischen und ihrer sozio-kulturellen Positionierung, wenn auch graduell, unterscheiden können (Lewandowsky u. a. 2016). Besonders deutlich fällt dies im Vergleich zwischen west- und ostmitteleuropäischen Vertretern ins Auge (siehe zum europäischen Vergleich auch den Beitrag von Frank Decker in diesem Heft). Während aufgrund des Fehlens einer entsprechenden Migrationsgeschichte der Islam im mittelosteuropäischen Rechtspopulismus bislang keine Rolle spielte, kaprizieren sich Parteien hier vor allem auf ethnische Minderheiten, zuvorderst Sinti und Roma. So spielt der Irredentismus, also die Zusammenführung einer Ethnie unter dem Dach der Nation, eine ungleich größere Rolle als in den kulturell eurozentrischen Spielarten des westeuropäischen Rechtspopulismus (Pirro 2014). Gemein mit ihren westlichen Vertretern ist ihnen die Abgrenzung gegenüber den politischen Eliten

und der Appell an das Volk, also der Populismus, den die ostmitteleuropäischen Vertreter, wie die Beispiele Polen und Ungarn belegen, auch dann ausspielen, wenn sie selbst an der Regierungsmacht sind, sowie die skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Union (ebd.).

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Oftmals entsteht der Eindruck, als würden die Begriffe Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus synonym verwendet. Die Begriffe bezeichnen durchaus sehr ähnliche Phänomene. Gemein ist ihnen etwa der bereits beschriebene Nativismus, also das Postulat von Vorrechten der autochthonen Bevölkerung gegenüber vermeintlich „Fremden“. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – der Einfachheit halber ziehe ich nur diese beiden Varianten der politischen Rechten heran – unterscheiden sich allerdings in mehrerlei Hinsicht.

Verhältnis zur Demokratie

Der wesentliche Unterschied zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus besteht im Verhältnis zur liberalen Demokratie (Decker/Lewandowsky 2011: 337). Rechtsextremisten lehnen wesentliche Bestandteile dieser Staatsform ab. Sie präferieren eine autoritär organisierte „Volksgemeinschaft“, die einerseits durch die gemeinsame ethnisch-kulturelle Identität, andererseits durch eine dem Führerstaat ähnliche Struktur, mangelnde Gewaltenteilung und das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnet ist. Diese explizit antidemokratischen Elemente sind im Rechtspopulismus in der Regel nicht zu finden. Im Gegenteil: Rechtspopulisten sehen sich selbst gerade als Verteidiger der Demokratie gegen deren vermeintliche Bedrohung durch „die da oben“ und „die da draußen“. Aus ihrer Sicht schränken die vermeintlich korrupten und unfähigen politischen Eliten die politische Souveränität des Volkes ein, indem sie es systematisch von der politischen Machtausübung fernhalten. Sie lehnen deshalb nicht die Strukturen der repräsentativen Demokratie ab, sondern begegnen dem vermeintlichen Demokratiedefizit von Na-

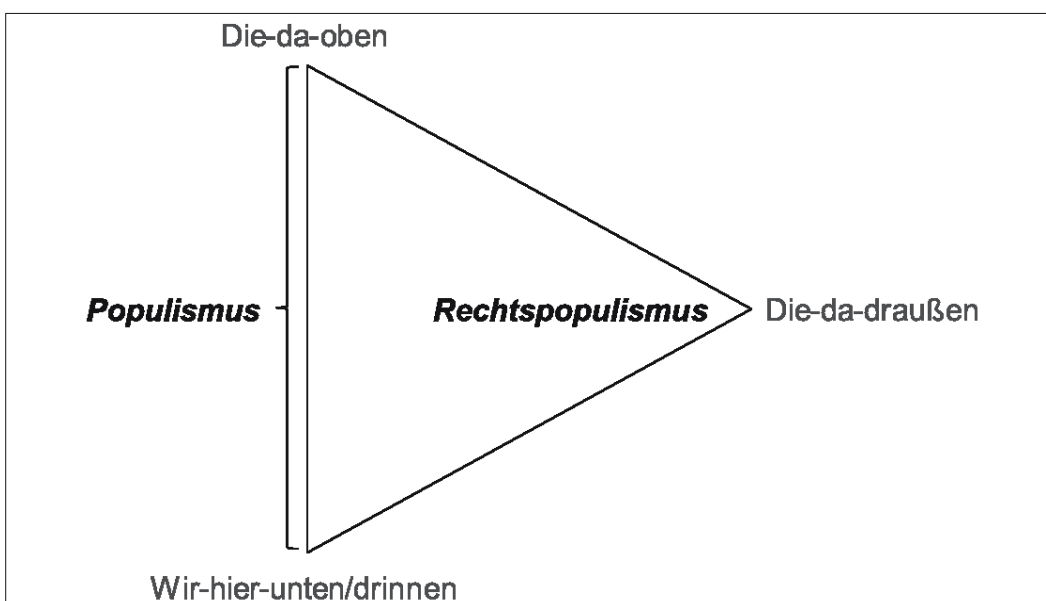


Abbildung 1: Schematische Darstellung des Rechtspopulismus

Quelle: Modifizierte und erweiterte Darstellung nach Berbuir u. a. (2015: 157).

tionalstaaten zum einen durch grundlegendes Misstrauen in die etablierten Politiker und Parteien, zum anderen durch die Forderung nach Volksentscheiden auf allen politischen Ebenen.

Grad der kulturellen Abgrenzung

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zwischen Rechtspopulisten und -extremisten besteht in der Qualität der kulturellen Abgrenzung. Namentlich geht es um die Frage, was im jeweiligen Menschen- und Gesellschaftsbild als „fremd“ gilt. Der Rechtsextremismus basiert auf einem ethnisch-rassistischen Menschenbild (Jaschke 1994: 31). Rechtsextreme Parteien und Bewegungen gehen von der grundlegenden biologischen Ungleichheit und damit Wertigkeit von Menschen aus. Ihr politischer Bezugspunkt ist die „Rasse“. Die Entwicklung der menschlichen Geschichte interpretieren Rechtsextremisten als Kampf abgrenzbarer menschlicher Rassen um die Vorherrschaft in Gestalt der Ausbreitung ihrer Kulturräume. Auch die eigene (nationale) Kultur wird im Rechtsextremismus idealtypisch aus der Ethnie abgeleitet. Der Rechtsextremismus interpretiert menschliche Gesellschaften und ihre Entwicklung also unter dem Paradigma der „Natürlichkeit“, womit die Unabänderlichkeit gesellschaftlicher Unterschiede und Wertigkeiten einhergeht. Im Vergleich dazu stellt der Rechtspopulismus in der Regel nicht auf die Ethnie ab, sondern auf Kultur und Religion, die er nicht zwingend an „Rassenunterschiede“ anbindet (Mudde 2007: 19). Kulturelle und religiöse Eigenschaften sind veränderlich. So ist es zu erklären, dass sich etwa im französischen Front National oder der Alternative für Deutschland – zu geringen Teilen – auch Angehörige ethnischer Minderheiten finden. So lange sie eine „gelungene Integrationsbiografie“ aus Sicht der Rechtspopulisten vorweisen können, fallen sie nicht unter das Verdikt, der eigenen nationalen Kultur fremd zu sein. Diese Unterscheidung ist allerdings zuvorderst analytischer Natur. In der Empirie zeigen sich immer wieder Übergänge zwischen kulturellem und ethnischem Rassismus. Das liegt unter anderem daran, dass rechtspopulistische Parteien allein aufgrund ihres elektoralen Erfolges auch für weitaus extremer eingestellte Personen attraktiv sind, die dann wiederum die Programmatik und die Außendarstellung der Partei prägen. In anderen Parteiensystemen wiederum existieren sowohl rechtspopulistische als auch rechtsextremistische Parteien. In Griechenland etwa wird der extremistische Strang durch Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“) repräsentiert, während mit Anexartiti Ellines („Unabhängige Griechen“) eine populistische Partei sogar an der Regierung beteiligt ist. In Ungarn hat sich mit Fidesz (Ungarischer Bürgerbund) eine rechtspopulistische Formation als größte Regierungspartei etabliert, während der Rechtsextremismus von Jobbik („Bewegung für ein besseres Ungarn“) vertreten wird.

Ursachen für den Wahlerfolg von Rechtspopulisten

Besetzten rechtspopulistische Parteien in den 1980er und 1990er Jahren eher elektorale Nischen und kamen in der Regel nicht über einstellige Wahlergebnisse hinaus, so haben sie sich in den letzten Jahren fest in den europäischen Parteiensystemen etabliert und im Nachgang der Wirtschafts- und der Flüchtlingskrise in der zweiten Dekade der 2000er Jahre die höchsten Wahlergebnisse der Nach-

kriegsgeschichte einfahren können. War der Achtungserfolg des damaligen FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen, der bei der französischen Präsidentschaftswahl 2002 noch 16,86 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinte, ein Schock für die politische Öffentlichkeit in Frankreich, so sind hohe zweistellige Wahlergebnisse für Rechtspopulisten seit einigen Jahren nahezu der Normalfall. Selbst Länder, die vor rechtspopulistischen Bewegungen gefeit schienen, wie die Niederlande oder die Bundesrepublik, sind inzwischen mit relativ erfolgreichen Parteien jenseits der Konservativen bzw. Christdemokraten konfrontiert.

Wie konnte es zu diesem Aufstieg kommen, noch dazu in dieser Gleichzeitigkeit? Ein einzelner, isoliert wirkender Mechanismus, der zur Wahl rechtspopulistischer Parteien führt, kann freilich nicht herausgearbeitet werden. Die Empirie zeigt hinsichtlich der jeweiligen wirtschaftlichen, institutionellen oder gesellschaftlichen Voraussetzungen ein hohes Maß an Varianz (Mudde 2007: 201ff.). Auf einem höheren Abstraktionsniveau lassen sich aber drei Entwicklungen identifizieren, die den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien begünstigen (Decker 2004: 25 ff.; 2006: 14).

Ökonomisch profitieren rechtspopulistische Parteien von den negativen sozialen Effekten der wirtschaftlichen Modernisierung und Globalisierung. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen – insbesondere im industriellen Sektor – in Schwellenländer, die damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit (und die Angst vor derselben), aber auch die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an diese wirtschaftlichen Veränderungsprozesse scheinen die Unterstützung für Rechtspopulisten, die oftmals soziale Gratifikationen versprechen und im gleichen Atemzug Politiker und Migranten als Sündenböcke identifizieren, zu stärken. Mit den wirtschaftlichen Veränderungen gehen in zweierlei Hinsicht *kulturelle* Wandlungsprozesse einher (Decker 2006: 14). Zum einen prägen Migrationsbewegungen vor allem die westlichen Gesellschaften nachhaltig. Andere religiöse und kulturelle Orientierungen prägen insbesondere die städtischen Gesellschaften. Zum anderen hat der ökonomische und soziale Fortschritt, der etwa in den 1960er und 1970er Jahren in den westlichen Demokratien einsetzte, zur Herausbildung postmaterieller Wertorientierungen (Inglehart 1977), einem relativ toleranten gesellschaftlichen Klima und in der Folge zur größeren Akzeptanz und Sichtbarkeit anderer sexueller Orientierungen und alternativer Lebensstile geführt. Teile der Bevölkerung empfinden die multiethnische, gemeinhin als „vielfältig“ apostrophierte Gesellschaft nicht als Verheißung, sondern fühlen sich in ihrer eigenen Identität bedroht.

Allerdings bilden Modernisierungstheorien die Erfolgsbedingungen der Rechtspopulisten nicht in Gänze ab (Mudde 2007: 205): So bringen Modernisierungsprozesse nicht allein rechtspopulistische Parteien hervor, sondern stärken auch andere Gruppierungen. So können in Deutschland etwa der Aufstieg der Grünen und der späte Erfolg der Partei Die Linke auf unterschiedliche Auswirkungen von Modernisierungsprozessen zurückgeführt werden. Auf der anderen Seite liegt die Wahrscheinlichkeit, für eine rechtspopulistische Partei zu stimmen, bei jungen, im indus-

triellen Sektor beschäftigten Männern mit formal niedriger Bildung auch relativ hoch (Arzheimer/Carter 2006). Dabei handelt es sich um jene soziale Gruppe, die von den Negativfolgen der Globalisierung mit am stärksten betroffen ist. Generell zeigen die Befunde jüngerer Arbeiten jedoch, dass die sozio-ökonomische Situation kein zufriedenstellender Prädiktor für die Unterstützung von Rechtspopulisten ist. Ausschlaggebend ist vielmehr, inwiefern sich Menschen subjektiv von sozialem Abstieg bedroht sehen (Spruyt u. a. 2016).

Ob sich die aus diesen strukturellen Veränderungen ergebenden sozialen Folgen auch tatsächlich in Unterstützung für rechtspopulistische Parteien niederschlagen, hängt maßgeblich von der Übersetzungsleistung des politischen Systems ab. Politische Parteien fungieren als Scharniere zwischen den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und dem politischen System. Versagt dieser Mechanismus, können rechtspopulistische Parteien die entstehenden Nischen besetzen (Norris 2005: 52). Politisch profitieren Rechtspopulisten also vom sinkenden Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien sowie Politikerinnen und Politiker, der zunehmenden Komplexität des Regierens in supranationalen Entscheidungssystemen sowie von der gefühlten, zunehmenden ideologischen Ähnlichkeit der etablierten Parteien nach dem Epochenbruch und dem Wegfall der Systemalternative nach 1989/1990. Immerhin ist es auch genau das, was die Rechtspopulisten dem politischen Mainstream regelmäßig unterstellen. Tatsächlich argumentieren einige Autoren, dass ideologische bzw. programmatische Konvergenz der etablierten Parteien den Erfolg der politischen Rechten bei Wahlen begünstigt (Spies/Franzmann 2011). Rechtspopulistische Parteien gewinnen also nicht bei denen, die tatsächlich sozial abgehängt sind, sondern dies so empfinden oder sich von sozialem Abstieg bedroht sehen und die sich zugleich von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen glauben (Spruyt u. a. 2016). In Deutschland etwa weisen sowohl die Wähler als auch die Programmatik der AfD ein hohes Maß an Parteienverdrossenheit auf (Schwarzbözl/Fatke 2016).

Auswirkungen des Rechtspopulismus

Erhalten rechtspopulistische Parteien bei Wahlen Zuspruch, ziehen sie in die Parlamente ein oder schließen sie nach Stimmenanteilen gar zu den etablierten Parteien auf, so stellen sich zwei zentrale Fragen. Erstens: Welche Auswirkungen haben rechtspopulistische Parteien auf das Parteiensystem? Zweitens: Welche Konsequenzen hat umgekehrt die Etablierung im Parteiensystem auf die Rechtspopulisten selbst? Bewahrheitet sich hier die weit verbreitete Ansicht, dass sich die Parteien, einmal im Parlament oder an der Regierung, selbst entzaubern, weil sie den Protestansprüchen ihrer Wählerschaft nicht mehr gerecht werden können?

Bleiben wir zunächst bei den Auswirkungen auf die etablierten Parteien. Rechtspopulistische Parteien sind in einem gewissen Sinne „Nischenparteien“ (siehe Meguid 2005), was im Wesentlichen bedeutet, dass sie sich, jenseits der klassischen Konfliktlinien des politischen Wettbewerbs, auf spezifische Themen konzentrieren. Rechtspopulistische Parteien bringen vor allem konservative bis xenophobe migrationspolitische Positionen in den

Parteienwettbewerb ein. Werden die Rechtspopulisten von den Etablierten geächtet, so bleibt ihr *impact* auf das politische System freilich gering (Minkenberg 2001: 18). Mit steigenden Wahlergebnissen sind die gemäßigten Parteien links und rechts der Mitte gezwungen, auf die Herausforderer zu reagieren. Dabei spielt es eine wichtige Rolle, wie die Mainstream-Parteien selbst ideologisch ausgerichtet sind. Für Parteien rechts der Mitte ist der Anreiz, ihre Positionen denen der Rechtspopulisten anzugleichen, größer als für linke Parteien (Han 2015: 571). Gleichwohl haben in der Vergangenheit auch sozialdemokratische Parteien schon versucht, ihre Positionen denen der Rechtspopulisten anzupassen, bezahlten dies allerdings in vielen Fällen mit Stimmenverlusten und internen Konflikten (Bale u. a. 2010).

Allerdings geht eine Regierungsbeteiligung auch an den Rechtspopulisten selbst nicht spurlos vorbei. Indem sie sich vor der Wahl als Alternative zum politischen Establishment empfehlen und radikale, einfache Lösungen anbieten, stehen sie als Teil einer Regierung in der Pflicht, ihre Versprechungen auch umzusetzen. Die österreichische FPÖ scheiterte während ihrer Regierungsbeteiligung zwischen 2000 und 2007 auf spektakuläre Weise (Heinisch 2003). So verlor die Partei nicht nur massiv an Zuspruch, sondern hatte auch die Abspaltung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) zu verkraften. Auf der anderen Seite zeigen die zum Teil langjährigen Regierungen rechtspopulistischer Parteien in Italien, Ungarn oder Polen, dass ein Scheitern keineswegs ausgemacht ist. Gerade in Parteiensystemen mit zersplitterter Opposition können die Rechtspopulisten sich an der Regierung für eine weitere Amtszeit empfehlen. Einmal an der Macht, zeitigt der Populismus Konsequenzen für die liberale Demokratie, wie sich in Ungarn und Polen sehen lässt. Der Kampf gegen Institutionen wird weitergeführt: durch Einschränkungen der Pressefreiheit, durch Verfassungsänderungen (Müller 2016: 70ff.).

Gegenstrategien

Wie sieht es nun mit den Gegenstrategien aus? Tatsächlich gibt es hierzu noch keine breit angelegten Vergleichsstudien (Mudde 2007: 243), sondern lediglich eine Reihe fallbezogener Arbeiten. Folglich lässt sich empirisch auch keine eindeutig erfolgreiche Strategie ableiten. Welche Gegenstrategien die anderen politischen Parteien wählen und inwiefern diese dann tatsächlich zur Schwächung der rechtspopulistischen Herausforderer führen, dürfte von den jeweiligen Kontextbedingungen abhängen. Gleichwohl hat William S. Downs (2012: 25 ff.) einige Metastrategien identifiziert, die als Folie für den Umgang mit Rechtspopulisten fungieren können und hier grob dargelegt werden sollen.¹

Dabei unterscheidet er zwei grundlegende Kontinuen, auf denen sich die Strategien anordnen lassen. Das erste Kontinuum fußt auf in der Frage, inwieweit die Akteure des politischen Mainstreams bereit sind, die intolerante Position der jeweiligen Partei selbst zu tolerieren. Das andere Kontinuum fragt danach, zu welchem Grad sich die anderen Parteien strategisch mit den Rechtspopulisten auseinandersetzen.

Auf dieser Grundlage können vier Basisstrategien unterschieden werden (vgl. Abbildung 2). Die erste setzt darauf, rechtspopulistische Parteien weder positiv noch negativ in

die politische Auseinandersetzung einzubeziehen (*Ignorieren*). Es versteht sich von selbst, dass dieses Vorgehen mit Problemen verbunden ist, je erfolgreicher die rechtspopulistische Partei ist. Spätestens dann, wenn sie Abgeordnete in einem Parlament stellt, sind die anderen Akteure gezwungen, in irgendeiner Form auf sie zu reagieren. Die zweite Basisstrategie fußt darauf, der intoleranten Ideologie der Rechtspopulisten mit militanter Ablehnung zu begegnen, sie aber wie in der ersten Strategie in keiner Form strategisch einzubeziehen (*Isolation*). Das entspricht in weiten Teilen der Strategie, mit der man über Jahrzehnte rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in Deutschland begegnete. Ein Beispiel hierfür ist der „Schweriner Weg“, auf den sich die demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern einigten, nachdem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2006 erstmals in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen war. Dabei ging es vor allem darum, keine Initiativen zu unterstützen, die die NPD in den Landtag einbrachte, sie also auf parlamentarischer Ebene zu isolieren. Zugleich fällt hierunter eine ganze Reihe anderer Strategien, etwa rechtliche Schritte, in denen Rechtspopulisten aufgrund öffentlicher Aussagen strafrechtlich belangt werden. Die dritte Strategie beschreibt Downs als *Kooptation*. Dabei ächten die Parteien des politischen Mainstreams die rechtspopulistischen Parteien, sind aber offen für Formen (punktueller) Zusammenarbeit. Man könnte beispielsweise Tolerierungsmodelle hierunter subsumieren, wie sie in Dänemark oder den Niederlanden praktiziert wurden: Dabei verzichteten bürgerliche Regierungsparteien auf eine Koalition mit der Dansk Folkeparti bzw. der Partij Voor de Vrijheid, waren aber im Parlament auf deren Unterstützung angewiesen. Die letzte Strategie besteht in der realen *Kooperation*. In dieser Variante sind die Parteien des politischen Mainstreams bereit, mit den Rechtspopulisten zusammenzuarbeiten. Sie bringen also selbst ein hohes Maß an Toleranz gegenüber der Intoleranz auf und entscheiden sich zugleich für eine starke strategische Einbindung. Ein typisches Beispiel für ein solches Vorgehen

wären „echte“ Koalitionen, wie sie beispielsweise zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs auf der Bundesebene stattfanden. Theoretisch wäre aber auch eine regelrechte Form der Normalisierung denkbar, in denen Rechtspopulisten im politischen Diskurs wie jede andere Partei behandelt werden.

Wie eingangs bereits genannt, lässt sich keine einzelne Strategie ausmachen, die – gemessen an sinkenden Wahlergebnissen für die Rechtspopulisten – allein erfolgreich wäre. Deren vermeintliche „Entzauberung“ an der Regierung trifft etwa auf das Scheitern der FPÖ bzw. des BZÖ in Österreich oder der Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden zu. Die FPÖ zerbrach in der Regierungskoalition zwischen 2000 und 2007 demnach nicht an dem externen Druck, den andere europäische Staaten und Organisationen auf Österreich aufbauten, sondern an internen Konflikten und mangelnder Professionalität (Fallend/Heinisch 2016: 338). Demgegenüber wurden die dänischen und schweizerischen Rechtspopulisten für ihre Regierungsperformanz sogar noch an der Wahlurne belohnt (Akkerman/de Lange 2012: 595). Auf der anderen Seite kann die Isolations- bzw. Stigmatisierungsstrategie in Deutschland angesichts der Wahlerfolge der AfD zumindest zeitweise als gescheitert angesehen werden.

Fazit

In den vorangegangenen Ausführungen wurde zunächst dargestellt, welche ideologischen Inhalte Populismus im Allgemeinen und Rechtspopulismus im Besonderen kennzeichnen. Dabei wurde gezeigt, dass Populismus im Wesentlichen den Appell an das Volk und dessen Mobilisierung gegen das politische Establishment bezeichnet, wäh-

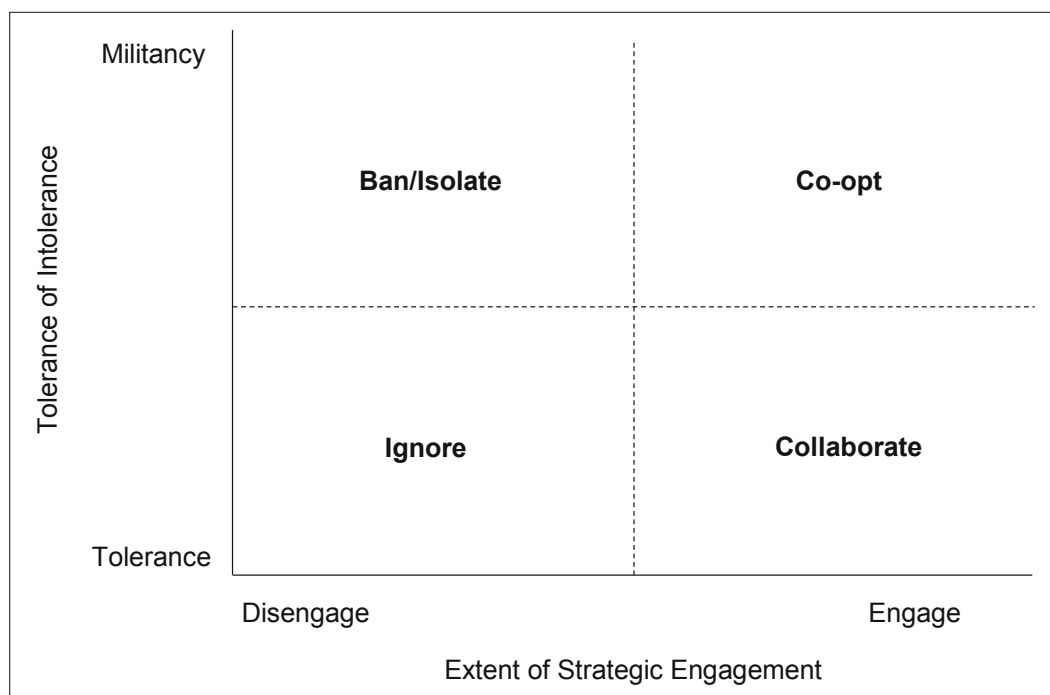


Abbildung 2: Basisstrategien für den Umgang mit Rechtspopulisten

Quelle: Downs (2012: 31).



„No Pegida!“ steht am Skatepark in Dresden gesprüht. Eine vor allem von linken Aktivisten praktizierte Gegenstrategie fußt darauf, der intoleranten Ideologie der Rechtspopulisten mit militanter Ablehnung zu begegnen.

picture alliance/dpa

rend Rechtspopulismus diesem Kernkonzept die Ablehnung kulturell „Fremder“ hinzufügt. Im Nachgang wurde dargestellt, welche Ursachen für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien ausgemacht und welche möglichen Gegenstrategien seitens des politischen Mainstreams identifiziert werden können.

Der Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in West- und Mitteleuropa sowie zuletzt in den Vereinigten Staaten stellt sowohl die liberalen Kräfte der Zivilgesellschaft als auch die Parteien des politischen Mainstreams vor ein nahezu unlösbares Dilemma. Auf der einen Seite müssen sie sich als bessere Alternative zu den Herausforderern empfehlen, auf der anderen Seite sind sie selbst eben jenes politische und gesellschaftliche Establishment, das einen wachsenden Teil der Bevölkerung nicht mehr erreicht. Die Probleme sind zum Teil hausgemacht. Politische Entscheidungen, die aufgrund vermeintlicher „Sachzwänge“ getroffen wurden, der teilweise Abbau des über Jahrzehnte gewachsenen Wohlfahrtsstaates und die zunehmende soziale Verunsicherung sind nicht zuletzt auf Reformprojekte zurückzuführen, für die die etablierten Parteien – insbesondere die Sozialdemokratie – die Verantwortung tragen und die viele ihrer Wähler nachhaltig von ihnen entfremdet hat. Zugleich ist es offenbar nicht gelungen, auf antimodernistische Reflexe eine Antwort zu finden. Eben dies kann ein Hinweis darauf sein, dass die Parteien in Westeuropa von weiten Teilen der Bevölkerung abgekoppelt sind.

Die steigenden Wahlerfolge der Rechtspopulisten und die wachsende Akzeptanz ihrer Positionen in weiten Teilen der Bevölkerung dürfte die Debatte um mögliche Gegenstrategien jedenfalls intensivieren. Ob es gelingt, die zum Teil strukturellen, langfristigen Entkopplungsprozesse in kurzer Zeit aufzufangen, dürfte allerdings fraglich sein.

LITERATUR

- Abts, Koen/Rummens, Stefan (2007): Populism versus Democracy. In: *Political Studies*, 2/2007, S. 405–424.
- Akkerman, Tijtske/de Lange, Sarah L. (2012): Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing. In: *Government and Opposition*, 4/2012, S. 574–596.
- Albertazzi, Daniele/Mueller, Sean (2013): Populism and Liberal Democracy: Populists in Government in Austria, Italy, Poland and Switzerland. In: *Government and Opposition*, 3/2013, S. 343–371.
- Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth (2006): Political Opportunity Structures and Right-wing Extremist Party Success. In: *European Journal of Political Research*, 3/2006, S. 419–443.
- Bale, Tim/Green-Pedersen, Christoffer/Krouwel, André/Luther, Kurt Richard/Sitter, Nick (2010): If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe. In: *Political Studies*, 3/2010, S. 410–426.
- Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-wing Populist Movement in Germany? In: *German Politics*, 2/2015, S. 154–178.
- Canovan, Margaret (2002): Taking Politics to the People. Populism as the Ideology of Democracy. In: Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.): *Democracy and the Populist Challenge*. Basingstoke, S. 25–44.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.
- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden, S. 9–32.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2011): Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. In: Agard, Olivier/ Helmreich, Christian/Vinkel-Roisin, Héléne (Hrsg.): *Das Populäre. Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache*. Göttingen, S. 331–351.
- Downs, William S. (2012): *Political Extremism in Democracies. Combating Intolerance*. Basingstoke.
- Fallend, Franz/Heinisch, Reinhard (2016): Collaboration as Successful Strategy against Right-wing Populism? The Case of the Centre-right Coalition in Austria, 2000–2007. In: *Democratization*, 2/2016, S. 324–344.
- Han, Kyung Joon (2015): The Impact of Radical Right-Wing Parties on the Positions of Mainstream Parties Regarding Multiculturalism. In: *West European Politics*, 3/2015, S. 557–576.



Dr. Marcel Lewandowsky, Jg. 1982, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seine Forschung konzentriert sich auf Parteien und Parteiensysteme und im Besonderen auf den Rechtspopulismus im europäischen Vergleich.

Spruyt, Bram/Keppens, Gil/van Droogenbroeck, Filip (2016): Who Supports Populism and What Attracts People to It? In: *Political Research Quarterly*. URL: https://www.researchgate.net/publication/299412979_Who_Supports_Populism_and_What_Attracts_People_to_It [17.11.2016].

Van Spanje, Joost (2011): The Wrong and the Right: A Comparative Analysis of 'Anti-Immigration' and 'Far Right' Parties. In: *Government and Opposition*, 3/2011 46 (3), S. 293–320.

ANMERKUNGEN

1 Downs bezieht sich in seinen Ausführungen allgemein auf *pariah parties* (dt. etwa „geächtete Parteien“). Aufgrund ihrer ideologische Positionierung und ihrer Ablehnung im politischen Diskurs bilden rechtspopulistische Parteien deren Teilmenge, sodass die Strategien auch im Speziellen auf den Umgang mit ihnen angewendet werden können.

- Heinisch, Reinhard (2003): Success in Opposition – Failure in Government: Explaining the Performance of Right-wing Populist Parties in Public Office. In: *West European Politics*, 3/2003, S. 91–130.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Opladen.
- Lewandowsky, Marcel (2012): Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Krell, Christian/Mörschel, Tobias (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 389–411.
- Lewandowsky, Marcel (2015): Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1/2015, S. 121–135.
- Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko (2016): Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2/2016, S. 247–275.
- Meguid, Bonnie M. (2005): Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. In: *American Political Science Review*, 3/2005, S. 347–359.
- Minkenbergh, Michael (2001): The Radical Right in Public Office: Agenda-setting and Policy Effects. In: *West European Politics*, 4/2001, S. 1–21.
- Mudde, Cas (1996): The War of Words Defining the Extreme Right Party Family. In: *West European Politics*, 2/1996, S. 225–248.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, 4/2004, S. 542–563.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- Mudde, Cas (2010): The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy. In: *West European Politics*, 6/2010, S. 1167–1186.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012): Populism and (Liberal) Democracy. A Framework for Analysis. In: Dies. (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge, S. 1–26.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Frankfurt am Main.
- Norris, Pippa (2005): *Radical Right: Voters and Parties in the Electoral Market*. Cambridge.
- Pirro, Andrea L. (2014): Populist Radical Right Parties in Central and Eastern Europe: The Different Context and Issues of the Prophets of the Patria. In: *Government and Opposition*, 4/2014, S. 600–629.
- Rooduijn, Matthijs (2014): The Nucleus of Populism: In Search of the Lowest Common Denominator. In: *Government and Opposition*, 4/2014, S. 573–599.
- Schwarzbözl, Tobias/Fatke, Matthias (2016): Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2/2016, S. 276–299.
- Spies, Dennis/Franzmann, Simon T. (2011): A Two-Dimensional Approach to the Political Opportunity Structure of Extreme Right Parties in Western Europe. In: *West European Politics*, 5/2011, S. 1044–1069.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Prof. Siegfried Frech, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 06-174

Vertrieb: Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm, Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm,

Telefon (07 31) 94 57-0, Telefax (07 31) 94 57-224, E-Mail: www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.